

(Ministerialdirektor Scheiner Rat Dr. Dehne.)

A) Zu den einzelnen Anregungen, die der Herr Interpellant heute in Ergänzung der allgemein gehaltenen Interpellation gegeben hat, möchte ich kurz noch folgendes bemerken:

Die Frage, ob die Betriebswerkstätten der Heeresverwaltung beseitigt, ob sie im bisherigen Umfange weitergeführt, ob sie ausgebaut werden sollen, ist im Wirtschaftsministerium noch nicht abschließend behandelt worden. Ich kann insoweit eine Erklärung noch nicht abgeben.

Ob man weiter das österreichische Vorbild nachahmen kann, daß man von allen Lieferungen dem Handwerk einen bestimmten Bruchteil zuerkennt, ist mir zweifelhaft. Ob diese Lösung vom Standpunkt einer rationellen Volkswirtschaft aus glücklich ist, möchte ich bezweifeln.

Die Frage des Kredits! Anlässlich der Behandlung der Interpellation Nr. 17 wird noch Gelegenheit sein, über die Frage der Darlehen aus dem gewerblichen Genossenschaftsstock vor dem Hause näheres darzulegen. Heute möchte ich mich auf die Erklärung beschränken, daß auch nach Ansicht des Herrn Wirtschaftsministers die Bürgschaft der Gemeinden bei der Ausgabe von Darlehen in Zukunft nicht entbehrt werden kann. Zur Begründung dieses Standpunktes braucht man nicht viel zu sagen. Es ist selbstverständlich, daß ich Darlehen leichter befürworte, wenn sie aus der Tasche eines Dritten kommen und ich dafür, daß sie zurückgezahlt werden, in keiner Weise verantwortlich bin. Diese Erwägung muß Ihnen zeigen, daß der Staat, wenn er den Gemeinden die maßgebende Befürwortung der Darlehen überläßt, auch verlangen muß, daß die Gemeinden an der Rückzahlung der Darlehen interessiert bleiben. Daß die Erledigung der Darlehensgesuche jetzt ungebührliche Zeit in Anspruch nimmt, darüber sind in letzter Zeit an uns Klagen gar nicht mehr gekommen, und ich möchte aus unseren Akten feststellen, daß an den Regierungsstellen die Sachen mit größter Beschleunigung erledigt werden. Doch soll in der Beziehung nochmals gern den Verhältnissen nachgegangen werden.

Weiter die Frage des Achtstundentages! Der Herr Vorredner hat ausgeführt, daß er vielfach für die Handwerkerverhältnisse nicht passe. Es ist ja kein Zweifel, daß die Verordnung über den Achtstundentag, die etwas plötzlich erlassen wurde, über kurz oder lang einer neuen eingehenden Bearbeitung unterzogen werden wird. Dabei wird man vielleicht näher als bisher die einschlagenden Verhältnisse berücksichtigen können. Aber an dem Grundgedanken wird man festzuhalten haben, daß der Achtstundentag, der einmal eingeführt ist, nicht durch Verwässerung der Vorschriften wieder abgeschafft werden können.

(Sehr richtig!)

Wenn der Herr Interpellant weiter gebeten hat, daß (C) für den Kleinhandel die Einfuhr von Halbfabrikaten bald erfolgen möchte, so steht die Regierung schon vom Standpunkte der Verbraucher aus auf demselben Standpunkte. Selbstverständlich wäre es im höchsten Maße erwünscht, wenn mit der Einfuhr der Halbfabrikate in möglichst großem Umfange vorgegangen werden könnte. Wir wissen aber: zum Einkauf von Waren gehört Geld zur Bezahlung. Ob das in genügendem Maße heute in Deutschland vorhanden ist, das muß man wohl bezweifeln.

Daß das Bezugscheinverfahren abgebaut und nicht länger aufrechterhalten wird, als es unbedingt nötig ist, kann ich, glaube ich, im Namen der Regierung zusagen.

Hinsichtlich des Reichslagers in Niedersiedlitz möchte ich nur bemerken, daß die Aufteilung dieses Lagers in vollem Gange ist. Da es sich aber um außerordentlich große Werte handelt — der Herr Interpellant hat ja die Summe genannt —, so werden Sie es verstehen, daß es sorgfältiger Vorbereitungen bedurfte, um die Millionenwerte in angemessener Weise der Industrie, dem Handel und dem Handwerke zuzuführen. Die Organisation ist geschaffen, sie arbeitet schon, und ich hoffe, daß in kurzer Zeit die Waren dem Verbraucher zugeführt werden können.

So viel zu den Anregungen, die der Herr Interpellant im einzelnen gegeben hat. Zum Schlusse kann (D) ich zusammenfassend sagen, daß die Staatsregierung für die Not des gewerblichen Mittelstandes auch in Zukunft Verständnis haben und bemüht sein wird, zu helfen, soweit es in ihren Kräften steht und mit Rücksicht auf die Gemeinwirtschaft möglich ist.

Präsident: Das Wort hat zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Hofmann.

Abgeordneter Hofmann: Ich beantrage, in die Besprechung der Interpellation eintreten zu wollen.

Präsident: Will die Kammer die Besprechung der Interpellation beschließen? — Einstimmig.

Ich eröffne die Aussprache und gebe das Wort dem Herrn Abgeordneten Castan.

Abgeordneter Castan: Meine Damen und Herren! Der Gesichtspunkt, von dem aus der Gesetzgeber an die Beurteilung und Lösung aller Fragen zu gehen hat, ist der des allgemeinen Interesses. Von diesem Gesichtspunkte aus muß die Frage behandelt werden, auch wenn ihre Lösung im einzelnen Falle ergeben würde, daß dadurch die persönlichen oder die Klasseninteressen derer verletzt oder beeinträchtigt werden, die wir hier in erster Linie vertreten. Die Aufgabe der gesetzgeberischen Be-